Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Roeckner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechsundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief.
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8,
in Gnesen bei S. Chraplewski,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse
und „Invalidendank".

Nr. 817.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 21. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Amtliches.

Berlin, 20. November. Der König hat die auf die Zeit vom 1. Oktober 1889 bis dahin 1892 erfolgte Wahl d s Ministerial- und Ober-Baudirektors, Wirklichen Geheimen Raths Schneider zum Präsidenten der Akademie des Bauwesens, sowie des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsraths Kinel zum Dirigenten der Abtheilung für das Ingenieur- und Maschinenwesen und des Geheimen Ober-Regierungsraths Spieker zum Dirigenten der Abtheilung für den Hochbau dieser Akademie bestätigt.

Dem Lehrer des Japanischen am Seminar für orientalische Sprachen, Dr. Rudolf Lange zu Berlin, ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden. Der bisherige Privatdozent Lic. theol. und Dr. phil. Ed. Bratke zu Breslau ist zum außerordentlichen Professor in der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität daselbst ernannt worden. An der Präparanden-Anstalt zu Landeck ist der bisherige Zweite Lehrer Dr. Krause zum Vorsteher und Ersten Lehrer befördert worden.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 20. November, 1 Uhr.

Die zweite Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt und zwar bei Kapitel 13 „Patentamt".

Abg. Henneberg (nl.) wünscht Auskunft darüber, wie weit die geplante Reform der Patentschutzgesetzgebung gediehen sei. Die Mängel der bisherigen Bestimmungen seien immer stärker hervorgetreten, und eine baldige Inangriffnahme einer Novelle sei dringend erforderlich.

Staatssekretär v. Boetticher erwidert, daß die Arbeiten zu einer Novelle niemals geruht hätten. Jetzt liege bereits der Entwurf vor, über welchen augenblicklich im Reichsamt des Innern verhandelt werde. Eine baldige Publikation stehe in Aussicht und dem nächsten Reichstage werde höchst wahrscheinlich eine Vorlage gemacht werden. Auch werde über einen neuen Entwurf, betreffend die Revision der Dampfkessel, berathen.

Abg. Dr. Hammacher (nl.) konstatirt eine beachtenswerthe Abnahme der deutschen Patente, obwohl gerade jetzt die Periode für Erfindungen sei. In anderen Ländern steige dagegen die Zahl der Erfindungen. Das lasse auf einen empfindsamen Mangel der deutschen Patentgesetze schließen. Eigenthümlich sei auch der Umstand, daß bei 30 Prozent der Patentgesuche die Patentertheilung erst im Berufungsverfahren nach Zurückweisung in der ersten Instanz erzwungen werden konnte. Es fehle im Patentamte an einer sicheren Tradition in der Anwendung der Patentgesetze. Das liege an der zu geringen Zahl der ständigen Mitglieder des Patentamts. Eine Vermehrung derselben müsse daher in Aussicht genommen werden.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei Kap. 13a. „Reichsversicherungsamt", weist

Abg. Gebhardt (nat.-lib.) darauf hin, daß bei den Ausführungsarbeiten des Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzes eine möglichste Beschleunigung der Inangriffnahme der Uebergangsbestimmungen nothwendig sei. Es handle sich für Millionen von Arbeitern um die Entscheidung, ob sie Aussicht auf Gewährung einer Rente haben. Gegenüber den Bestrebungen, den Arbeitern die Werthlosigkeit des Gesetzes einzureden, und sie von der Beitragszahlung abzuhalten, wie sie z. B. in politischen ABC-Büchern zu Tage treten, sei es Pflicht des Reichstages, sehr bald durch die Wirkungen des Gesetzes den Arbeitern den Segen desselben klar zu machen. Redner wünscht sodann eine Vervollständigung einiger technischen Bestimmungen des Gesetzes, namentlich soweit sich diese auf die im Gesetze vorgesehenen Nachweisungen beziehen.

Staatssekretär Dr. v. Boetticher theilt mit, daß der Bundesrath mit der Abgrenzung der Versicherungsbezirke beschäftigt sei. Auch sei die Ausarbeitung eines Normalstatuts in Angriff genommen. Die Reichsregierung habe den lebhaften Wunsch, daß die Wohlthaten des Gesetzes den interessirten Arbeitern in größtem Umfang zu Theil würden. Er habe daher eine Vorlage eingebracht, welche, um die in dem Gesetz geforderten Nachweisungen zu erleichtern und zu beschleunigen, schon jetzt diese Nachweisungen stempelfrei mache. Wenn keine besonderen Schwierigkeiten eintreten, so hoffe er, daß das Gesetz am 1. Januar 1891 werde in Kraft treten können.

Abg. Klemm (kons., Sachsen) spricht den Wunsch aus, daß alle Parteien sich bemühten, in Wort und Schrift in populärer Weise das große Publikum über die Bestimmungen dieses Gesetzes aufzuklären.

Abg. Dr. Baumbach (dfr.): Die Darlegungen der Kartellparteien in Versammlungen über das Invalidenversicherungsgesetz sind nicht sehr objektiv gehalten, sondern mit starken Angriffen gegen die freisinnige Partei verbrämt. Wenn dem Abgeordneten Gebhard die politischen ABC-Bücher nicht gefallen, so habe er ja in seiner Presse Gelegenheit, etwaige Unrichtigkeiten darin zu korrigiren; freilich würde die Erwiderung nicht ausbleiben.

Ich möchte den Herrn Minister fragen, wie es mit der schon lange angekündigten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz steht. Auch für das Unfallversicherungsgesetz ist eine Novelle bereits erforderlich. Sodann möchte ich fragen: wie denkt der Minister über die weitere Organisation der Berufsgenossenschaften? Ich stehe jetzt mit meiner abfälligen Beurtheilung der berufsgenossenschaftlichen Organisation nicht mehr allein. Früher ist die berufsgenossenschaftliche Organisation als das Ideal einer das Erwerbsleben zusammenfassenden Einrichtung überschwänglich gepriesen worden, in welcher man den Flügelschlag einer neuen Zeit zu erblicken glaubte. Die Erfahrungen haben die Begeisterung abgekühlt. Man erkennt allmählich, daß man auf diesem Boden nicht weiter bauen kann, daß die gewerblichen Berufsgenossenschaften auf die Dauer nicht zu halten sind, die Verwaltungskosten sind viel zu hoch. Auch die Abgrenzung der einzelnen Berufe ist sehr schwer in strenger Weise durchzuführen und ewige Streitigkeiten sind im Gange, wer die Versicherung zu übernehmen hat. Eine ganz bedenkliche Schablone ist weiter in der Schätzung der Unfallentschädigungen eingerissen. Man setzt gleichmäßige Entschädigungen fest für den Verlust bestimmter Körpertheile. Damit kommt aber bei den Schiedsgerichten die fernere Beweiswürdigung, also der Hauptfortschritt unseres Prozeßverfahrens, in Wegfall, die Schiedsgerichte entscheiden blos nach den Akten. Die Individualität der Verunglückten muß künftig mehr berücksichtigt werden, da z. B. das Alter bei Verlust der Hand einen großen Unterschied für die Beurtheilung der noch bleibenden Erwerbsfähigkeit macht. Der Arbeiter kann sich bei der Größe der Bezirke an die Berufsgenossenschaften selber nicht halten, da er doch nur schwer nach Leipzig oder Berlin persönlich reisen kann. Der Verkehr mancher Berufsgenossenschaften mit den einzelnen Gemeindebehörden ist übrigens nicht derart, wie er einer Behörde gegenüber sonst üblich ist. Ich habe hier ein Schreiben eines Sektionschefs an einen ländlichen Gemeindevorsteher, der göttliche Grobheit athmet.

Die Verwaltungskosten sind wieder um 380 000 M. gestiegen. Auf die beiden neuen Genossen schaften entfällt nur ein kleiner Theil dieser Mehrsumme. Das von den Berufsgenossenschaften verbrauchte Papier beziffert sich nicht nach Zentnern und Tonnen, sondern nach Waggonladungen. Am ungeheuerlichsten war es bei der Berufsgenossenschaft der Schornsteinfeger. Hier haben trotz nur 20 Unfällen die Verwaltungskosten 23 000 M., die Gehälter 9000 M. betragen. Dem Reichsversicherungsamt mache ich damit keinen Vorwurf, es hat vorzüglich gearbeitet und erfreut sich einer berechtigten Popularität bei den Arbeitern.

Staatssekretär v. Boetticher: Die Krankenkassennovelle konnte wegen der Arbeiten zum Invalidengesetz nicht vorgelegt werden. Sie ist bereits ausgearbeitet und wird demnächst dem Bundesrathe vorliegen. Für die kurzen Lebenstage, die dieser Reichstag noch hat, ist Arbeitsstoff genug vorhanden. Betreffs der Berufsgenossenschaften geht mein Urtheil dahin, daß die Organisation sich vorzüglich bewährt hat und so billig arbeitet, wie keine Privatversicherungs-Gesellschaft. Jedes neue Institut muß sich erst einleben, Schwierigkeiten finden sich überall. Aus der Grobheit einzelner Sektionschefs kann doch unmöglich ein Grund für Aenderung der Organisation entnommen werden. (Sehr wahr! rechts.) — Von einer schablonenmäßigen Behandlung der Entschädigungsprozente ist das Reichsversicherungsamt weit entfernt. Die Individualität des Falles ist das entscheidende Moment.

Ich bestreite positiv, daß die Höhe der Verwaltungskosten in keinem Verhältniß zu dem Nutzen der Berufsgenossenschaften stehe. 32 Berufsgenossenschaften haben bereits gegen das Jahr 1887 die Verwaltungskosten vermindert. Wir können den Berufsgenossenschaften nicht verbieten, mehr Beamte anzustellen, Zeitschriften herauszugeben u. s. w., das ist ihre eigene Sache. Vergleichen Sie die Privatversicherungsanstalten. Bei uns kommen 74 Pfennig pro Kopf der Versicherten, bei der Aktiengesellschaft „Rhenania" betragen die Verwaltungskosten in Prozenten der Bruttoeinnahmen 17,79 Prozent, bei der Magdeburger 22,61 Prozent, bei einzelnen sogar 44 Prozent. Im Moment können wir nicht die Organisation ändern, und es hat keinen Zweck, hier weiter über Grundfragen zu reden. Diese Materie kann ex professo hier nicht behandelt werden, wenn nicht die Diskussion hier zu sehr ausgedehnt werden soll, und ich bitte daher dringend, von einer weiteren Diskussion abzustehen. (Beifall rechts.)

Abg. Singer: Ich sehe nicht ein, weshalb wir über so wichtige Fragen nicht verhandeln sollen. Sie sind doch mindestens von derselben Tragweite, wie das Sozialistengesetz. Ene Novelle zum Krankenkassengesetz wäre auch wichtig genug, in diesem Reichstag erledigt zu werden, auch wenn wir einige Sommermonate dazu brauchen sollten.

Die Uebergangsbestimmungen zum Invalidengesetze halte ich durchaus für nützlich und habe mit meinen Freunden alles gethan, um diese Erkenntniß zu verallgemeinern. Leider werden wir besonders in Sachsen durch die Auflösung unserer Versammlungen darin erheblich gehindert.

Die Entscheidungen nun der Sektionsvorstände und der Schiedsgerichte der Berufsgenossenschaften haben allerdings unter den Arbeitern sehr lebhafte Klage hervorgerufen durch die rigorose Handhabung der Bestimmungen zu Gunsten der Versicherungsanstalt. Das Reichsversicherungsamt trifft indeß dieser Vorwurf nicht. Auch hat sich bei den unteren Organen eine ganz schablonenmäßige Geschäftsführung herausgebildet. Einer Verbesserung bedürftig sind besonders die Bestimmungen für den Fall, daß der Tod bei einem Unfalle nicht sofort eintritt, sondern erst in späterer Folge des Unfalls. Nach der jetzigen Praxis tritt da stets eine Ausscheidung aus der Unfallversicherung ein; die Billigkeit verlangt aber hier doch zweifellos eine Unfallentschädigung. Ein Theil der Unfälle, wie das frühere Eintreten der Invalidität ist meines Erachtens auf die Akkordarbeit zurückzuführen. Deshalb wäre es erwünscht, daß das Reichsversicherungsamt darüber Angaben machte, welche Unfälle bei Akkordarbeiten vorgekommen sind, und welche bei Stundenarbeitern. Wie stellt sich ferner das Unfallversicherungsamt zu Unfällen, die aktive Soldaten bei Arbeitern, zu denen sie abkommandirt sind, erleiden? Aufmerksamkeit verdient auch der Fall, daß jemand, der nach dem ersten Unfall, bei dem er 60 pCt. Vergütigung erhält, aber dazu noch etwas verdienen kann, bei einem zweiten Unfall getödtet wird. Wie ist in diesem Fall die Wittwe zu entschädigen? Die bisherige Entscheidung, daß die Wittwe nur nach den 60 pCt. zu entschädigen sei, ist doch offenbar ungerecht, gegenüber der vollen Entschädigung der anderen Wittwen, die ihren Mann gleich beim ersten Unfall verliert. Zu ähnlichen Mißdeutungen geben andre Bestimmungen des Gesetzes Anlaß. Ebenso sind Fälle vorgekommen, wo entgegen den direkten gesetzlichen Bestimmungen die Beiträge für die Unfallversicherung den Arbeitern von den Arbeitgebern direkt abgezogen würde. Ich hoffe, daß die Regierung durch Abstellung dieser Mißstände es endlich zu einem bessern Verhältniß mit den Versicherten bringen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein von der konservativen Seite hierauf gestellter Schlußantrag findet, nachdem Abg. Schmidt-Elberfeld (dfr.) die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt hat, nicht genügende Unterstützung.

Abg. Gebhard (nl.) kommt auf die Bescheinigungen, die zum Rentenbezug nothwendig sind, zurück und hält eine bloße Unterschriftsbescheinigung der Antragsteller für ungenügend, vielmehr müßten die Behörden auch von dem materiellen Inhalt der Bescheinigungen Kenntniß nehmen, um Fälschungen zu verhüten. Redner wendet sich sodann nochmals zur Besprechung des freisinnigen ABC-Buchs, über das er ausführt: Ich habe allerdings eine lebhafte Abneigung gegen die ganze Einrichtung des freisinnigen ABC-Buches um so mehr, als es eine ganze Reihe von Unrichtigkeiten enthält. Eine derartige bühnenhafte Darstellung des Inhalts eines Gesetzes, wie sie sich im ABC-Buch findet, wirkt schädigend auf diejenigen, deren Interesse wir zu vertreten haben. Es ist nicht schwer, eine ganze Reihe von Unrichtigkeiten dem ABC-Buche nachzuweisen. Die Darstellung über die Beiträge ist gefälscht und enthält komplete Lügen. Auch ist es unrichtig, daß, wenn ein Arbeiter selbstständig wird und er dabei bleiben wolle, das Dreifache der bestehenden Beiträge bezahlen muß. Dabei wird nicht berücksichtigt, daß das Jahr nur 47 Beitragswochen zählt. In der mir nahestehenden Kartellpresse ist eine Berichtignng der Hauptpunkte bereits erfolgt, in der freisinnigen Presse ist man über die Berichtigungen mit einigen kurzen Worten hinweggegangen. Jedenfalls ist es Pflicht des Reichstags und der einzelnen Mitglieder, im Volke Klarheit über solche tendenziösen Angaben zu schaffen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (dfr., zur Geschäftsordnung): Das ABC-Buch für freisinnige Wähler ist doch nicht auf Reichskosten gedruckt. Ich möchte beantragen, es ausdrücklich auf die Tagesordnung zu setzen, damit nachgewiesen werden kann, daß der Herr Vorredner das ganze ABC-Buch nicht kennt. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Schmidt (Elberfeld): Die scharfen Ausdrücke, die der Vorredner gebrauchte, beweisen, daß er von vornherein die Hörer draußen gegen das ABC-Buch beeinflussen will. Eine Unrichtigkeit auf S. 117, betr. die Beitragszahlung, ist durch einen Druckfehler veranlaßt worden, weil statt „für" „von" gesetzt ist. Was darüber gesagt ist, daß der aus der Arbeit Ausscheidende, wenn er bei der Versicherung bleiben will, einen dreifachen Beitrag bezahlen soll, ist richtig, und ausdrücklich ist die Bestimmung über die 47 Beitragswochen auch in dem ABC-Buch angeführt.

Was die Berufsgenossenschaften anlangt, so glaube ich auch nicht, daß die jetzige Organisation eine bleibende sein kann, schon wegen der verschiedenartigen Gliederung der Versicherungsgesellschaften und ihres verschiedenartigen Aufbaues. Auch ist zwischen diesem Gesetz und dem Invalidengesetz immer noch eine Lücke. Bei dem Vergleich mit den Privatversicherungsgesellschaften muß man auch die ungenanten Kosten, die den Verwaltungsbehörden, den Kommunalbehörden durch dieses Gesetz erwachsen, hinzurechnen und dann wird sich ergeben, daß die Kosten dieser staatlichen Versicherung die der privaten weitaus übertreffen.

Eine Erörterung über diesen Gegenstand beim Etat halten wir nicht bloß für berechtigt, sondern sogar für nothwendig, weil sich die Nothwendigkeit von Korrekturen des Gesetzes schon herausgestellt hat. (Beifall links.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest der Fortdauernden Ausgaben.

Bei den einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats zu Kap. 15, Tit. 2 „Fonds für den Nordostseekanal" spricht

Abg. Dr. Lingens (Ztr.) den Wunsch aus, daß für die Kanalarbeiter in Bezug auf die Seelsorge besser gesorgt werde. Auch einige Verbesserungen der Krankenpflegeeinrichtungen seien noch einzuführen, besonders für die katholischen Arbeiter die Inanspruchnahme der barmherzigen Schwestern.

Abg. Graf v. Holstein (kons.) schildert die Eindrücke, die er bei einem Besuche des Nordostseekanals empfangen hat, und erörtert die Schwierigkeiten des Baues, die sich aus den morastigen und sonstigen Terrainverhältnissen ergeben, sowie die Mittel zur Ueberwindung derselben. Die Fürsorge für das leibliche Wohl und die Nahrung der Arbeiter sei eine vorzügliche und habe dementsprechend die besten Erfolge erzielt.

Abg. Singer (Soz.) bezweifelt, daß die Lage der Arbeiter so durchweg vorzüglich sei, wie es dargestellt werde, wenn auch im allgemeinen deren Lage eine befriedigende sei. Die Speisung sei z. B. noch immer im Verhältniß zum Preise nicht befriedigend. Erfreulich sei die Anerkennung der Tüchtigkeit der Arbeiter. Es sei zu hoffen, daß man künftig daran festhalten werde, Arbeiter nicht etwa deshalb zu entlassen, weil sie Sozialdemokraten seien; denn bei den Kanalarbeitern habe sich gezeigt, daß die Sozialdemokraten sehr tüchtige Arbeiter seien. Bei den nächsten Wahlen würden voraussichtlich unter den Kanalarbeitern recht viele für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmen.

Abg. Kalle (nl.) konstatirt aus eigener Kenntnißnahme, daß das in den Baracken gewährte Essen ganz vorzüglich sei.

Abg. Graf Holstein (kons.) führt an, daß in einer Versammlung die Arbeiter zwar einem sozialistischen Redner folgten, aber, als er etwas gegen den Kaiser sprach, sich scharf dagegen wendeten.

Abg. Baumbach (dfr.) glaubt nicht, daß alle Arbeiter trotz des Namens Sozialdemokraten das sozialistische Programm verfolgten. Er bitte den Abg. Lingens aber, mit Fragen an die Arbeiter, wie die, ob sie Sozialdemokraten, die er gethan, künftig vorsichtiger zu sein.

Abg. Lingens (Ztr.) erwidert, daß er den Bemerkungen des Vorredners folgend sich, wenn er wieder nach dem Nordostseekanal komme, die Fragen vorher überlegen werde. Er betone übrigens die christliche Gesinnung der Arbeiter, trotzdem sie sich Sozialdemokraten nennen.

Damit schließt die Diskussion.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr (Anträge, betr. Befähigungsnachweis und freisinnige Anträge auf Aenderung des Zolltarifs für geschlachtetes Fleisch und betr. die Abkehrscheine der Bergleute).

Schluß 5¼ Uhr.

Deutschland.

L. C. **Berlin,** 20. November. Die gestern stattgefundenen Wahlen der dritten Abtheilung zur Stadtverordnetenversammlung haben das Resultat gehabt, daß die Konservativen einen Bezirk an die Freisinnigen und einen an die Sozialdemokraten verloren haben. In zwei Wahlen stehen die Konservativen mit Sozialdemokraten in der Stichwahl. Die Liberalen haben einen Sitz an die Sozialdemokraten verloren, der übrigens nur vorübergehend in Folge Nichtbetheiligung der Sozialdemokraten bei einer Ersatzwahl im liberalen Besitz gewesen ist. Behauptet haben sie im Ganzen sechs Wahlkreise, darunter denjenigen von Virchow; für zwei sind sie noch in der Stichwahl und zwar im 17. Wahlbezirk, wo der bisherige Ver-

treter, Ingenieur Richter, dem Sozialdemokraten Boerner und im 27., wo der liberale Drechslermeister Toermer dem sozialdemokratischen Hemdorff gegenübersteht. Die Sozialdemokraten haben im Ganzen 6 Sitze gewonnen und sind in vier Bezirken noch in der Stichwahl. Es ist nicht unmöglich, daß sie von diesen Bezirken noch einen oder zwei in der Stichwahl gewinnen. Das Resultat der Wahlen ist also eine große Niederlage der Konservativen und die Eroberung neuer Mandate durch die Sozialdemokraten. Das also ist die Wirkung des kleinen Belagerungszustandes in Berlin: eine neue Vermehrung der Sozialdemokraten und eine Verstärkung ihrer Vertretung in der Stadtverordnetenversammlung. Gerade jetzt steht die Entscheidung über den Ausweisungsparagraphen in der Sozialistengesetz-Kommission bevor. Der Ausfall dieser Wahlen sollte doch Denjenigen, welche bisher noch geneigt waren, für die Aufrechterhaltung der Ausweisungsbefugniß in der einen oder andern Weise zu stimmen, ernsthaft zu denken geben. Selbst wenn die Ausweisungen das Resultat hätten, die Sozialdemokraten zu einem vorsichtigeren Betragen zu veranlassen, so hindert das die Agitationskraft derselben nicht im Geringsten und es ist sicher der Gewinn der äußeren Beruhigung ein verschwindend kleiner gegenüber dem Verlust, der aus der immer weiter gehenden Ausbreitung des sozialdemokratischen Einflusses sich ergiebt. Wenn man aus den Stadtverordnetenwahlen auf die nächste Reichstagswahl schließen kann, so wird eine weitere starke Vermehrung der Sozialdemokratie auch bei dieser zu Tage treten; was auch die Sozialdemokraten selbst längst als ihre Erwartung ausgesprochen haben. Erfährt aber die Zahl ihrer Vertreter im Reichstage eine starke Zunahme, so wird das seine Wirkung auf die wählenden Arbeiter im Lande nicht verfehlen. Durch den Sieg wird das Zutrauen der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter in ihre Macht erhöht. Als nächste Konsequenz wird es nicht ausbleiben, daß die Sozialdemokratie immer mehr die Führung der Arbeiter nicht bloß in politischen, sondern auch in wirthschaftlichen Fragen, also auch in Strikes in die Hand bekommt.

— **Der Kaiser** sah Dienstag den Präsidenten des württembergischen Staatsministeriums Dr. v. Mittnacht, ferner den Chef des Militärkabinets General-Lieutenant v. Hahnke und den Major v. Brandis vom Militärkabinet als Gäste bei sich zur Mittagstafel im neuen Palais. Zur Abendtafel waren die Gemahlin des Flügeladjutanten Oberstlieutenants v. Lippe und Schwester, sowie der Militärbevollmächtigte bei der kaiserlich deutschen Botschaft in Petersburg Major Graf York von Wartenberg eingeladen. Gestern Vormittag begab sich der Kaiser zu Wagen nach dem Entenfang zur Abhaltung einer Fasanenjagd, zu welcher auch Prinz Friedrich Leopold, der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Hausminister v. Wedel, der Ober-Zeremonienmeister Graf zu Eulenburg ꝛc. geladen worden waren. Ebenso hatten sich auch der Kronprinz mit dem Prinzen Eytel-Fritz und dem Prinzen Adalbert, in Begleitung ihres Gouverneurs zu Wagen nach dem Enterfang begeben, um der Hofjagd beizuwohnen. Die Jagd auf Fasanen bestand aus zwei Treiben, welche zunächst am Entenfang abgehalten wurden. Nach dem gemeinschaftlichen Frühstück folgten noch zwei Treiben auf Fasanen im Wildpark. Morgen Abend 6 Uhr begiebt sich der Kaiser nach Jagdschloß Letzlingen, um daselbst an den beiden nächsten Tagen eine Hofjagd auf Damwild und eine Suche mit der Findermeute auf Sauen abzuhalten.

— **Der Kaiser** hat, wie der „Köln. Ztg." geschrieben wird, nach seiner Rückkehr von der Orientreise wiederholt im engeren Kreise begeisterte Schilderungen von der Großartigkeit der Eindrücke gegeben, die er auf dieser durch die Gunst der Witterung besonders bevorzugten Reise empfangen hat. Insbesondere hat er sich, wie schon früher berichtet wurde, auch über die türkischen Truppen, die er zu besichtigen Gelegenheit gehabt hat, mit warmer Anerkennung ausgesprochen. Die Leistungen derselben hätten seine Erwartungen weit übertroffen; schon auf den ersten Blick falle die Vorzüglichkeit und Brauchbarkeit des Soldatenmaterials auf; bei der Ausführung des unter den ungünstigsten Terrainverhältnissen stattfindenden Parademarsches hätten die Soldaten sich durch stramme Haltung, scharfe Disziplin, große Ruhe und militärisches Aussehen ausgezeichnet. Bei den Exerzirübungen, denen er beigewohnt, hätten die Elitetruppen, die Militärschule und das Modellartillerie-Regiment sich vorzüglich bewährt, obwohl auch hier die Enge der Kasernenhöfe große Schwierigkeiten geboten hätte. Auch die türkischen Schiffe, deren einige den Kaiser auf der Hin- und Rückfahrt begleitet hatten, haben die Aufmerksamkeit des Kaisers gefesselt und auch für sie hat er warme Worte des Lobes gehabt.

— **Dem Reichskanzler** ist der folgende Bericht des Reichskommissars, Hauptmanns **Wißmann**, zugegangen:

„Mpwapwa, den 13. Oktober 1889.

Ew. Durchlaucht melde ich in Verfolg meines Berichtes aus Simbabwene vom 23. September cr. ganz gehorsamst, daß Kingo, Häuptling von Simbabwene und Mrogro, das in ihn gesetzte Vertrauen in jeder Weise gerechtfertigt hat. Unter seiner Mitwirkung gelang es mir, wie ich bereits Ew. Durchlaucht durch Freiherrn von Gravenreuth berichten ließ, die vereinigten Rebellen zu schlagen und zu zersprengen. Es hat sich dadurch Kingo als offener Feind Buschiris bewährt. Zur Befestigung seines großen Dorfes habe ich ihm die nöthigen Anleitungen gegeben und sende ihm eine der eroberten Vorderladekanonen. Ich zog nun, nachdem ich auch die französischen Missionare durch Kingo für gesichert hielt, die große Straße weiter auf Mukondokwa, das ich am 5. d. M. erreichte. Die Eingeborenen bis dorthin, Kingos Unterthanen, benahmen sich gut und erhielten von mir Schutzbriefe. In Mukondokwa hatte Buschiri, bevor er die Station in Mpwapwa angriff, bei drei bedeutenderen, dort wohnenden Arabern längere Zeit gelegen. Diese waren nach Süden geflohen. Ich erfuhr ihren Aufenthaltsort und beabsichtigte, sie aufzuheben, wurde jedoch von den soeben nach Farrhani, dicht bei Mukondokwa, zurückgekehrten französischen Missionaren veranlaßt, davon abzusehen, da dieselben versicherten, daß diese Araber nur durch die Verhältnisse gezwungen Buschiri aufgenommen hätten — während ihrer Abwesenheit hätten dieselben sogar ihre Mission vor Plünderung bewahrt. Die Missionare glaubten für diesen Fall sicher zu sein, während, wenn ich die Araber angegriffen hätte, ich entweder eine Besatzung in Mukondokwa hätte lassen oder aber die Missions-Station aufheben müssen. Einige ärmere Araber und Belutschen, die es mit Buschiri gehalten hatten, hatten sich einer auf dem nördlichen Wege zur Küste gehenden Karawane angeschlossen und werden entweder in Saadani fechten oder nach Zanzibar flüchten. Beide Fälle sind für die Klärung der Karawanenstraße günstig. Auch hier brachten die Eingeborenen Geschenke und erhielten Schutzbriefe, nachdem ihnen für den Fall, daß sie die Missionare nicht schützen würden, mit Krieg gedroht war. Einem von mir eröffneten Briefe der englischen Missionare in Mpwapwa an Lieutenant Giese (vertriebenen Chef der Station der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in Mpwapwa) entnahm ich, daß Buschiri vor zwei Monaten Mpwapwa abermals heimgesucht, die dortige englische Mission niedergebrannt und die Missionare zu fangen versucht hatte, was ihm nicht gelungen war, da sich dieselben nach einem Ugogodorf Kisokwe, welches sie schützte, geflüchtet hatten. Auch die Herausgabe des Geschützes und der 4 Mausergewehre, die Lieutenant Giese einem Häuptling Chipangilo übergeben hatte, war Buschiri von Chipangilo verweigert worden. Ich marschirte daher so schnell als möglich auf Mpwapwa, wo ich am 12. d. M. eintraf. Ich fand daselbst die Missionare selbst zwar unversehrt, aber fast ihres gesammten Besitzes beraubt. Die Missionsbauten wie die Station der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft sind vollständig zertrümmert, desgleichen sind alle Gartenanlagen demolirt. Die mir bezeichneten Gräber von dem in Diensten der Gesellschaft ermordeten dänischen Matrosen Nielsen und einem schwarzen Soldaten ließ ich durch Kreuze mit eingeschnitzten Namen kennzeichnen. Als Sühne für den Tod Nielsens ließ ich an der Stelle seiner Ermordung drei Araber und Belutschen wegen Spionage und Betheiligung an der Ermordung der Pugumissionare aufhängen. Chipangilo, der sich als mein Begleiter bei einem 1883 von mir in Mpwapwa unternommenen Jagdausflug zu erkennen gab, empfing mich am ersten Tage mit Geschenken und versprach, Geschütz und Gewehre zu überbringen. Da andere ihm feindliche Wagogohäuptlinge ihn bei mir wegen Freundschaft mit Buschiri anklagten, entfloh er, ließ jedoch alles uns gehörige Material ausliefern und wird sich voraussichtlich in diesen Tagen wieder einstellen. Am 11. Oktober trafen in Mpwapwa vier Soldaten von Stanley und einer von Emin Pascha ein. Dieselben hatten am 10. September cr. Stanley in Usukuma am Isangaflusse, circa 3 Grad 30 Minuten, verlassen, waren inklusive 9 Ruhetagen über Nindo, westlich von Turu (Wilson und Fischers Weg) über Uwerìwerì und das nördliche Ugogo (Hirindi) in 33 Tagen in Mpwapwa angekommen. Sie sagten aus, daß Emin Pascha mit Casati, 100 Sudanesensoldaten, viel Volk und viel Elfenbein, Stanley mit 6 Europäern, deren Namen ich aus dem Munde der Neger als Nelson, Jephson, Stairs, Dr. Parke, Bonny und William zu erkennen glaube, und 240 Sansibariten gleich nach ihnen aufgebrochen seien und daher nach meiner Berechnung, ungefähr am 20. November in Mpwapwa eintreffen werden. Emin Pascha soll mit Stanley zusammen noch mehrfach gegen von Norden vordringende Mahdisten gefochten, sie zurückgeschlagen und dabei die große Fahne des Mahdi erobert haben. Der größte Theil der Soldaten Emins habe darauf bestanden, daß ihr Weg in die Heimath und nicht nach Süden führe, und habe Emin die Stationen unter das Kommando zweier egyptischer Offiziere gestellt. Von der Bewegung der Senussi wußten die Leute nichts, ebensowenig von Khartum und Abessinien. Mpwapwa ist der bedeutendste Knotenpunkt für Karawanenstraßen in ganz Afrika; — zwei Straßen von Bagamoyo, eine von Saadani, von Dar es Salaam und vom Rufidgi nach dem Innern zum Ukerewe, zum Taganicka und zum Lualaba treffen hier zusammen. Die südlich von Mpwapwa wohnenden Stämme der Wahehe, die bis eine Tagereise weit südlich vorgedrungen sind, der Mahenge und Masiti sind unpassirbar ebenso wie die schon drei Stunden nördlich von Mpwapwa wohnenden Massai, welche sich nur zu Europäern freundlich stellen, deren Land jedoch den größten Theil des Jahres hindurch wegen Wassermangels ebenfalls unpassirbar ist. Auch Stanley, der offenbar die Absicht hatte, nach Mombassa zu gehen, ist in diesen Weg gezwungen worden. Die in Mpwapwa, in Kisokwe und in Mamboia, zwei Tagemärsche von Mpwapwa entfernt, befindlichen englischen Missionare, die zwar mit den Eingeborenen auf gutem Fuß stehen, den Uebergriffen Buschiris aber gegenüber wehrlos sind, bedürfen des Schutzes, bis sich das Schicksal Buschiris entscheidet. Im Fall des Wegfalls eines solchen Schutzes müßten die Missionare aufgefordert werden, ihre Stationen einzuziehen. Was die Nachbarstämme betrifft, werden die Massai nie etwas Feindliches gegen die Station unternehmen, während die Wahehe, ein räuberisches Gesindel mit nur wenig Gewehren, bei denen sich vielleicht noch Buschiri aufhält, im Zaum zu halten sind. Als Rückweg zur Küste habe ich die nördliche Route, die auch über Mamboia führt, gewählt. Ich gedenke Anfang November in Bagamoyo zu sein.

(gez.) **Wißmann**, Reichskommissar."

— **Der Ausschuß des deutschen Handelstages** trat heute zu einer Sitzung zusammen. Der von Hamburg gestellte Antrag auf Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum **Markenschutzgesetz**, dahingehend, daß die zur Eintragung vorgelegten Abbildungen bis zu 6 Zentimeter in Höhe und Breite betragen dürfen, wird angenommen und beschlossen, dieselben der Regierung zur Berücksichtigung bei der Revision des Markenschutzgesetzes zu empfehlen. Ferner wurde beschlossen, in Bezug auf die Erneuerung des **Privilegiums der Reichsbank**: „Der Ausschuß des deutschen Handelstages in der Ueberzeugung, daß die deutsche Reichsbank in ihrer bisherigen Einrichtung und Leitung die wirthschaftlichen Bedürfnisse im deutschen Vaterlande durchaus befriedigt hat, spricht sich für die unveränderte Annahme des von der Reichsregierung vorgelegten Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Bankgesetzes vom 14. März 1875 aus." Betreffs der **Verwendung der Ueberschüsse der preußischen Eisenbahnen** wird beschlossen, den Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung des deutschen Handelstages zu setzen, jedoch allgemein von den Ueberschüssen der deutschen Staats-Eisenbahn-Verwaltungen zu sprechen. Zu dem von der Halberstädter Handelskammer vorliegenden Antrag auf Erhöhung der **Tragfähigkeit der Eisenbahngüterwagen** wird Folgendes beschlossen: Der Ausschuß des deutschen Handelstages verkennt keineswegs die Bedeutung der von der Handelskammer zu Halberstadt angeregten Frage, glaubt aber bei der wesentlich technischen Natur derselben von einer Behandlung dieses Gegenstandes durch den Handelstag wenigstens zur Zeit absehen zu müssen. Das Präsidium wird nach der nächsten Sitzung des Landeseisenbahnraths das vorhandene Material über den Laderaum der Eisenbahngüterwagen den Mitgliedern des Handelstages zugehen lassen. In Bezug auf den **Terminhandel im Kaffee- und Zuckergeschäfte** liegt von der Handelskammer München die folgende Resolution vor, welche zur Annahme empfohlen wird: „Die Handels- und Gewerbekammer für Oberbaiern kann sich von der Nothwendigkeit der Terminmärkte für Kaffee nicht überzeugen. Sie erkennt an, daß die Nachtheile, welche seit Einführung der Terminmärkte dem Handel mit diesem wichtigen Lebensmittel zugefügt werden, die allenfalls zu Gunsten einzelner Kreise geltend gemachten Vortheile weitaus überwiegen; es wäre deshalb erstrebenswerth durch internationale Verhandlungen ein Verbot dieses Termingeschäfts zu erzielen, welches in Anbetracht der in neuerer Zeit bekannt gewordenen Vorgänge auf dem Zuckermarkte, event. auf das Termingeschäft mit allen nothwendigen Lebensmitteln ausgedehnt werden könnte." Der Ausschuß, in welchem auch die Handels- und Gewerbekammer München vertreten war, beschloß einstimmig Folgendes: „Der Ausschuß kann dem Antrage der Handels- und Gewerbekammer von

---

Konzert.

Posen, 20. November.

„Das Paradies und die Peri", von R. Schumann.

Der Hennigsche Gesangverein eröffnete seine diesjährigen öffentlichen Aufführungen mit Schumanns „Paradies und die Peri", einem Werk, welches er bereits in früheren Jahren dem hiesigen Publikum, und zwar damals zum ersten Male für Posen, vorgeführt hatte. Im Jahre 1843 geschrieben, hat diese Komposition bei ihrem ersten öffentlichen Erscheinen das allgemeinste Aufsehen erregt, so daß trotz der unverkennbaren neuen Wege, welche Schumann mit diesem seinen sogenannten Oratorium nicht nur angebahnt, sondern auch betreten hatte, auch die Vertreter der strengsten klassischen Richtung, wie z. B. die Berliner Singakademie, einem vom Zeitgeist angeregten Triebe folgend, mit Hintansetzung ihrer sonst vertretenen starren Prinzipien sich an Schumanns Werk heranwagten und sich ernstlich damit bis zur öffentlichen Aufführung befaßten. Wenn wir uns heute auf den damaligen Standpunkt zurückversetzen (die neue Generation wird dazu noch kaum im Stande sein) und erwägen, wie streng die Regeln für den Oratorienstil nach den Mustern der klassischen Vorbilder abgemessen und bestimmt waren, daß selbst ein so kühner Geist wie Mendelssohn aus den gewohnten Bahnen, wie sein „Paulus" hinlänglich beweist, nicht auszuweichen wagte, und wenn wir nun Schumanns „Paradies" dagegen halten, so wird das gewaltige Umschwung, den er damit verursachte, unzweifelhaft erkennbar sein. Wie weicht Schumann, abgesehen von dem romantischen Inhalt seines Gedichtes im Gegensatz zu den bisher nur der biblischen oder heiligen Geschichte entlehnten Stoffen, von dem sonst herkömmlichen Stile ab! Wo sind die großartig aufgebauten Chöre mit ihren oft kunstreichen, aber auch oft nichtssagenden Fugen? Wo sind die meist schablonenhaft sich ergehenden rezitativischen Erzählungen? Wo sind die gewohnheitsmäßigen Arien mit ihrer alten auf Zweitheilung hinweisenden Schablone? Alles dies ist mehr oder weniger hier außer Acht gelassen. Die Chöre sind im „Paradies", und das thut dem Werke in seiner Totalwirkung Schaden, auf ein möglichstes Minimum beschränkt; statt der Rezitative eine fortlaufende ariosomäßige Behandlung des Textes, in welchen auch die alte Schablonenarie mit aufgenommen ist. Und dies alles getragen und gehoben von einem vollständig symphonisch behandelten Orchester, in dem eigentlich der ganze Schwerpunkt der musikalischen Wirkung beruht, illustrirt von den Einzeln- und Chorgesängen. Wir bekennen, daß in jüngeren Jahren, als wir das „Paradies" zum ersten Male hörten, Vieles darin mit seiner ungewohnten Behandlungsweise fremdartig berührt hat; dann, als wir überhaupt mit Schumann mehr und mehr vertraut geworden, das Werk wiederholt gehört und selbst bei Aufführungen desselben mitthätig gewesen sind, fühlten wir uns heimisch darin wie jemand, der mit einer neuen Idee und mit deren Weiterentwickelung groß geworden, dieselbe zuletzt als die seinige betrachtet und mit ihr verwachsen ist. Heute, da die gewaltigen Fortschritte auf musikalischem Gebiete, welche durch Rich. Wagner und seine Werke verteten sind, immer mehr Boden gewonnen haben kommt es uns zum Bewußtsein, daß diese neuesten Ideen eigentlich bereits von Rob. Schumann angebahnt worden sind, daß er es gewesen ist, der mit seinem Zuge zur Romantik und mit seinem Widerwillen gegen alles zopfige Wesen in seinem „Paradies" wie in seiner Oper „Genoveva" damals schon die neuen Ideen nicht nur geahnt und gewollt, sondern auch mit eigenschöpferischer Kraft realisirt hat. Darin liegt ja auch der gewaltige Unterschied zwischen Schumann und Mendelssohn, daß dieser in die alten Formen neuen Geist zu bringen begnadigt war, während jener die alten Formen zersprengte und der Kunst „Neue Bahnen" geöffnet hat. So steht also das Schumannsche Werk, über dessen eigentlichen Charakter, ob Oratorium, ob Kantate, der entscheidende Spruch immer noch nicht gefällt ist, auf durchaus modernem Boden und gehört noch heute unserer Zeit und ihrer Kunstanschauung an. Und doch will es scheinen, als ob die Wirkung desselben im Verhältniß zu der in der Zeit seines ersten Erscheinens abgeblaßt ist. Die ununterbrochene lyrische Stimmung, welche das Werk durchzieht, will nicht mehr den Ansprüchen unserer Zeit Stand halten; besonders aber ist es der Mangel an Gegensätzen, die sich gegenseitig zu ergänzen und den Wechsel der Stimmung auszugleichen haben, welcher gegenwärtig mehr und mehr sich fühlbar macht. Wenn trotzdem der Eindruck der gestrigen Aufführung ein packender, zum Theil sogar ein überwältigender gewesen ist, so ist dies besonders der sorgfältigen Einstudirung, die dem Komponisten die tiefsten Geheimnisse abzulauschen verstanden hat, und dem vortrefflichen Zusammenwirken aller betheiligten Faktoren rühmend zuzuschreiben. Der Chor war wie immer auf seinem Platze und löste seine, wenn auch mehr beschränkte Aufgabe mit rühmlichstem Erfolge. Wenn es ihm schon gelang, die mächtigen Kriegsszenen mit voller Kraft zum Ausdruck zu bringen, wobei der schönste Stimmklang in glanzvoller Pracht zu Gehör gebracht wurde, so zeigte sich des Chores sichere Zuverlässigkeit in Behandlung der verschiedensten dynamischen und rhythmischen Ausdrucksweisen nicht minder in den Gesängen der Genien des Nils und der Houris, die im duftigsten Piano mit den überraschenden An- und Abschwellungen einen reizvollen Eindruck ausübten. Fräulein Helene Oberbeck sang die Partie der Peri mit der anmuthigen Tonbildung und dem weich anschmiegenden Empfinden, wie sie für die Peri in erster Linie geeignet sind. Für die Worte der Jungfrau im zweiten Theile: „O laß mich von der Luft durchdringen" hätten wir wohl noch wärmere und begeisterungsvollere Töne gewünscht; hier traf Fräulein Oberbeck nicht ganz den Ton vollster hingebender Empfindung, sondern blieb mehr kühl und zurückhaltend, und die erwärmende Wirkung wurde nicht voll erreicht. In der Altpartie glänzte Fräulein

Oberbaiern nicht beitreten, weil ein gesetzliches Verbot des Terminhandels wegen der an einzelnen Plätzen hervorgetretenen Mißstände weder erforderlich und noch weniger durchführbar ist. Das Termin- oder Lieferungsgeschäft, welche beide juristisch und geschäftlich nicht von einander unterschieden werden können, sind ein fundamentales Bedürfniß für alle Zweige der wirthschaftlichen Thätigkeit."

— Die Eingabe des Berliner Magistrats vom 18. Oktober, welche die Zulassung von Steinbrucher Schweinen nach Berlin und anderen deutschen Städten mit ähnlichen Schlachteinrichtungen erbat, ist vom Reichskanzler an den Minister für Landwirthschaft zur Bescheidung abgegeben worden. Derselbe hat dem Magistrat jetzt mitgetheilt, daß nach den hier eingegangenen Nachrichten die ungarische Regierung die Ausfuhr von Schweinen aus Steinbruch nach Deutschland eingestellt habe, weil gegenwärtig auch dort die in ganz Ungarn weit verbreitete Maul- und Klauenseuche in größerem Umfange ausgebrochen sei; unter diesen Umständen könne eine Ausdehnung der in Bezug auf die Montanbevölkerung von Oberschlesien gewährten Dispensationen, welche überdies während der Dauer des ungarischen Ausfuhrverbotes gegenstandlos wäre, nicht erfolgen. Die Einführung der Ansteckung verdächtiger Schweine dürfe aus veterinärpolizeilichen Gründen nicht gestattet werden.

— Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben: „Elektrizitätswerke sowie elektrische Anlagen aller Art unterliegen zur Zeit in Bezug auf die Genehmigungspflicht der in der Gewerbeordnung §§ 16 ꝛc. gegebenen allgemeinen Bestimmungen. Insbesondere gilt dies auch von den Bestimmungen über die Konzessionirung von Dampfkesseln. Wer indessen die Natur derartiger Anlagen und Betriebe sich näher vergegenwärtigt, wird darüber nicht in Zweifel sein können, daß mit der den polizeilichen Interessen entsprechenden betriebssicheren Herstellung und Einrichtung der Betriebsstätte selbst, die bei solchen Anlagen betheiligten Interessen der Sicherheit des Publikums und des Verkehrs keineswegs gedeckt sind. Die Leitungen kreuzen unter- und oberirdisch die öffentlichen Straßen und Brücken, sowie von Menschen bewohnte Grundstücke häufig in sehr weiter Entfernung von der Betriebsanlage selbst. Auch der Luftraum oberhalb der Wohnstätten von Menschen wird für elektrische Betriebe nutzbar gemacht. Wie leicht durch solche die Sicherheit des Publikums wie des Verkehrs bedroht werden kann, lehren insbesondere die in Newyork kürzlich gemachten Erfahrungen. Ebenso ist es klar, daß die dem öffentlichen Dienst gewidmeten elektrischen Anlagen nur zu leicht durch Erwerbs- und sonstigen Privatinteressen dienende Betriebe aller Art beeinträchtigt und behindert werden können. Von anderen naheliegenden polizeilichen Rücksichten gar nicht zu reden. Die durch mancherlei praktische Erfahrungen unterstützten Betrachtungen dieser Art nöthigen zu dem Ergebniß, daß das bestehende Recht für Unternehmungen dieser Art nicht überall paßt, sondern daß es nothwendig sein wird, es den neuen durch die Errungenschaften der Technik hervorgerufenen Bedürfnissen entsprechend zu ändern und zu ergänzen. Zu diesem Zwecke haben schon mehrfach unter Zuziehung namhafter Sachverständiger Berathungen im Reichsamte des Innern stattgefunden, welche indessen bisher zu einem abschließenden Ergebniß nicht geführt haben. Die Materie hat sich bei näherer Prüfung als überaus schwierig, und die sorgsamste und vorsichtigste Vorbereitung der Beschlußfassung sich als nothwendig erwiesen, wenn man anders den zahlreichen dabei in Betracht kommenden Momenten und Rücksichten nach ihrem vollen Gewichte gerecht werden will. In den nächsten Tagen werden zur Fortsetzung der früheren Berathungen wiederum Konferenzen über diesen Gegenstand im Reichsamte des Innern stattfinden."

— Der Kaiserfahrt zwischen Swinemünde und Stettin, welche gegenwärtig 6 Meter Tiefe hat, soll nach den offiziösen „Berl. Pol. Nachr." eine solche von 7 bis 8 Meter gegeben werden, damit einerseits die größten Seeschiffe nach Stettin gelangen können, andererseits der „Vulkan" die ihm übertragenen Schiffsbauten für Kriegs- und Handelszwecke ohne Schwierigkeiten ausführen kann. Gegenwärtig werden Untersuchungen in dieser Frage nach der technischen wirthschaftlichen und finanziellen Seite hinangestellt. Die Betheiligten sollen an der Kostenaufbringung partizipiren.

— Für Unterstützungszwecke der Sozialdemokratie sind, wie die Abgg. Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Meister und Singer öffentlich mittheilen, vom 1. Juli bis 30. September eingegangen a) für den Unterstützungsfonds ca. 2400 Mark, b) für den Wahlfonds ca. 25 600 Mark (darunter „Mann im Mond" 1000 Mark, „mehrere sozialistische Bankiers Gründergewinn" 20 000 Mark), zur Unterstützung der Elberfelder Angeklagten und deren Angehörigen ca. 900 Mark.

— Dessau, 17. November. Der „Magd. Ztg." wird geschrieben: Die offizielle Zusage des Besuchs Sr. Maj. des Kaisers und J. Maj. der Kaiserin ist hier eingetroffen, und zwar für die zweite Hälfte der ersten Dezemberwoche, also die Zeit vom 4. bis 6. nächsten Monats. Am ersten Abend nach der Ankunft ist Galatheater. Voraussichtlich gelangt der dritte Akt der „Meistersinger" zur Aufführung, vorher ein kleines Lustspiel. Seitens der städtischen Behörden wird der Kaiser am Kriegerdenkmal begrüßt werden, während die Kaiserin eine Huldigung der Töchter Dessaus entgegennimmt. Die Rückkehr von der für den zweiten Tag in Aussicht genommenen großen Hofjagd in der Mosigkauer Haide geschieht durch die Haide-, Franz-, Kavalier-, Mittel-, Rathhaus- und Zerbsterstraße. Der ganze Weg wird festlich beleuchtet sein. Das städtische Festkomite bereitet eine würdige Ausschmückung des Weges vor, auf dem der Kaiser am 4. Dezember in Dessau einziehen wird.

Frankreich.

* **Paris**, 19. November. Die französische Regierung scheint wieder einmal einen Schwabenstreich machen zu wollen, denn das XIX. Siècle bestätigt, daß die Präfekten der Nordküste Frankreichs angewiesen sind, durch die strengsten Maßregeln jede Landung Boulangers unmöglich zu machen. Klüger wäre es jedenfalls, wenn man dem Manne durch solche ungewöhnliche Vorsichtsmaßregeln nicht jetzt noch nachträglich eine ganz ungerechtfertigte Wichtigkeit beimäße.

Amerika.

* **Rio de Janeiro**, 10. November. „Vereinigte Staaten von Brasilien" ist der Name der neuen Föderativ-Republik, die nach den neuesten Nachrichten zweifellos der Herrschaft des Kaiserhauses Braganza ein Ende bereitet hat. Ein neues Banner Grün und Gold mit neunzehn goldenen Sternen (der Zahl der früheren Provinzen, der jetzigen föderirten Staaten entsprechend) auf blauem Felde, wurde in jeder Provinz gehißt und in jeder Provinz, Bahia ausgenommen, willkommen geheißen. Exkaiser Dom Pedro II. und letzter seines Namens und Stammes hat sich mit Würde in sein Schicksal gefunden. Er beabsichtigt, seine Absetzung nicht zu beanstanden und erspart somit der Welt das unerquickliche Schauspiel eines Kronprätendenten, dessen Selbstsucht seinem Vaterlande zur fortwährenden Beunruhigung dient. Dom Pedro beabsichtigt, zunächst nach Lissabon zu reisen. Er nahm eine ihm angebotene Geldentschädigung von 2½ Millionen Dollars an; ferner wird er ein Jahresruhegehalt von 450 000 Dollars beziehen. Dieses Einkommen kann man ihm von ganzem Herzen gönnen. Mehrere jetzt über den Ursprung der Revolution sich äußernde Brasilianer stimmen darin überein, die Hauptschuld an dem Sturze der Monarchie der Kronprinzessin Isabella beizumessen. So berichtet der „Newyork Herald" von einer Unterredung mit dem in London weilenden brasilianischen Staatsrath Rovija, derselbe habe das Gerücht, daß die Sklavenbefreiung die brasilianische Revolution veranlaßt habe, dementirt; es seien vielmehr Intriguen der Kronprinzessin Isabella, das Reich unter die Herrschaft des Papstes zu bringen, und der verschwenderische Lebenswandel ihres Gemahls daran Schuld. Aehnlich hat sich nach einer Meldung der „Daily News" aus Newyork ein dort lebender angesehener Brasilianer ausgesprochen. Sehr willkommen zur Erklärung der Vorgeschichte der erfolgreichen Revolution ist auch ein der Münchener „Allgem. Ztg." zugegangener Brief aus Rio de Janeiro vom 12. Oktober, also einen Monat vor Ausbruch der Empörung. Es heißt darin:

Die von Naturanlage überaus freisinnigen Brasilianer werden es der Kronprinzessin Isabella nie verzeihen, daß durch ihren Einfluß der gesetzlich eigentlich verbotene Jesuitenorden nebst verwandten Kongregationen von Brüdern und Schwestern wieder ungehindert ins Land eindringen, sich der Jugenderziehung bemächtigen und sogar am kaiserlichen Hofe eine Rolle spielen konnte. Bekannt ist, daß die vom brasilianischen Senate im vorigen Jahre den Nichtkatholiken bereits bewilligte Kultusfreiheit im Abgeordnetenhause durch Einflüsse zu Fall gebracht wurde, welche öffentlich (auch im Parlamente selbst) auf die damalige Regentin und ihre Rathgeber, die Jesuiten, zurückgeführt wurden. Kurz, die republikanische Strömung richtet sich eigentlich nicht gegen den Kaiser Dom Pedro II., sondern gegen dessen Nachfolgerin, welche, bei der andauernden Kränklichkeit ihres hohen Vaters, nach der Meinung des Volkes unheilvoll, aber maßgebend auf den Gang der Regierungsgeschäfte einwirkt. Man kann leicht ermessen, eine wie schwierige Aufgabe es für den Visconde de Ouro Preto unter solchen Verhältnissen war, die Geister zu beschwichtigen und die monarchische Idee wieder zu Ansehen und Geltung zu bringen. Der liberale Ministerpräsident genoß nicht unverdienterweise den Ruf, einer der geschicktesten Parteimänner zu sein. Was man ihm aber oft vorgeworfen hat, ist politische Charakter- und Ziellosigkeit. Er hat es wiederholt fertig gebracht (und seine Parlamentsreden sind Zeugen dessen), seine Ansichten von einem Tage zum anderen, je nach Gutdünken, ins Gegentheil zu verkehren. Bisweilen spielte er sich als erklärten Nativisten auf und donnerte von der Tribüne herab z. B. auch gegen Kolonisation mit deutschen Elementen. Zu anderen Zeiten war seine Haltung die entgegengesetzte. Bald ging er mit den Reaktionären durch Dick und Dünn bald mit den entschiedensten Fortschrittlern, bisweilen sogar an Republikanismus streifend; bald wieder mit den Ultramontanen und kurze Zeit darauf mit den erklärtesten freireligiösen Elementen. Er ist nie verlegen um Aushilfsmittel im Verfolge seiner Politik, aber er ist gleichzeitig vollkommen unberechenbar. Mit Geschick hat er die Wahlmanöver derartig zu leiten gewußt, daß in dem anscheinend dem Republikanismus ergebenen Lande aus den Urnen eine Deputirtenkammer hervorgegangen ist, in welcher unter 126 Vertretern nur ein Dutzend Oppositionelle (Konservative und Republikaner) und im Uebrigen lauter Liberale Sitze erhielten. Wie groß der Wechsel der Situation ist, wird aus der Angabe hervorgehen können, daß der vor einem halben Jahre aufgelösten Kammer über 100 Konservative und nur etwa 20 Liberale getagt hatten. Dieser Erfolg in nun zwar nicht so erstaunlich wie er dem Nichtkenner der Verhältnisse vielleicht erscheinen mag, wenn die der herrschenden Partei zu Gebote stehenden Agitationsmittel gebührend berücksichtigt werden. Da das Wahlrecht von einem gewissen, ziemlich hohen Zensus abhängt, giebt es in jedem Orte verhältnißmäßig wenige Wähler. Die Regierung pflegt stets mit Erfolg an das Unternehmen zu gehen, die Mehrheit derselben in ihr Partei-Interesse zu verflechten. Alle Aemter, Konzessionen, öffentlichen Arbeiten u. s. w. werden nur an „gesinnungstüchtige" Elemente vergeben. Ihrer Partei zum Siege zu verhelfen, ist eine materielle Existenzfrage für diese. Gleichwohl hat es diesmal allgemein überrascht, daß die neu zusammengetretene Deputirtenkammer nur einige wenige Deputirte der republikanischen Partei enthält. Die republikanische Erregung im Lande steht in keinem Verhältnisse zu dieser kleinen Zahl Vertreter. Im ersten Wahlgange ist nur ein Republikaner durchgekommen, dessen Diplom noch dazu streitig zu sein scheint. Das Ergebniß der Stichwahlen ist noch nicht genau bekannt, aber schwerlich werden im Ganzen mehr als vier oder fünf Republikaner durchgekommen sein. Ouro Preto hat mit Versprechungen aller Art nicht gespart um die Pflanzer, welche fast überall im Lande die Wahlen beherrschen, seiner Partei geneigt zu machen. Bedeutende Bank-Darlehen mit staatlicher Garantie, Eisenbahnbauten, europäische Plantagenarbeiter und Konzessionen aller Art wurden den unruhigen Exsklavenhaltern versprochen. Den Südprovinzen wurde Wiederaufnahme der Kolonisation in großem Maßstabe, Wegbauten und dergleichen in Aussicht gestellt. Die Protestanten köderte man mit dem Versprechen, daß ihnen die Kultusfreiheit nunmehr allen Ernstes bewilligt werden solle. Den Handelsstand machte man sich durch großartige Finanzoperationen geneigt, welche den Kurs der Landesvaluta andauernd oberhalb des legalen Standpunktes von 27 d für 1 Milreis erhielten und besonders in der Reichshauptstadt ein geschäftliches Leben und Treiben hervorriefen, wie es bisher in der Geschichte Brasiliens geradezu unerhört gewesen ist. Aber wenn wir hiervon absehen, so sollen im Uebrigen die Versprechungen fast sämmtlich erst noch erfüllt werden. Ist das nicht möglich, so dürfte auf die große liberale Mehrheit in der Deputirtenkammer wenig Verlaß sein, und der Rückschlag, welchen eine allgemeine Enttäuschung hervorzurufen pflegt, ist bekanntlich ein gefährliches Ding."

Dieser Rückschlag ist jetzt weit eher eingetreten, als der Schreiber der obigen Zeilen ahnte.

Aus dem Gerichtssaal.

? **Posen**, 19. November. [Schwurgericht.] Die verwittwete Arbeiterin Taberska geborene Włodarczak und der Arbeiter Johann Ossowski aus Posen erschienen heute auf der Anklagebank Es ist ein sauberes Paar, welches sich da zusammengefunden hat, sie ist wegen Diebstahls, Betteins und anderer Strafthaten neun Mal, er wegen Körperverletzung, Vergehens in Bezug auf die Religion, Diebstahls u. a. acht Mal vorbestraft. Ihr erstes gemeinschaftliches Debut fand im September d. J. vor dem Schöffengericht statt, in welchem er die Rolle des Angeklagten, sie die einer Zeugin spielte; er hatte sie mit einem Spaten zwei Mal über den Kopf geschlagen, daß sie sich, wenn nicht schleunige Hilfe bei der Hand gewesen wäre, verblutet

Adele Asmann ebenso sehr mit dem sonoren Stimmklang ihres durchgebildeten Organs, wie mit dem echt musikalischen, aus innerstem Empfinden darbietenden Vortrage. Die übrigen Solosätze für Frauenstimmen waren in Doppelbesetzung von Damen des Vereins übernommen. Herrn Zarneckow war hauptsächlich die dem Solotenor zugefallene Rolle des Erzählers anvertraut; durch geistige Vertiefung und lebhafte Erfassung wußte er den mehr spröden Stoff mit reichen Schattirungen auszustatten und dramatisch zu beleben, wobei er durch sein klangvolles Stimmmaterial vortheilhaft unterstützt wurde. An Stelle des wegen Erkrankung nicht erschienenen Herrn Professor Felix Schmidt war Herr Opernsänger Lurgenstein aus Dresden eingetreten. Derselbe hatte diese Partie in einer Aufführung zu Berlin erst kürzlich gesungen. Wenn die Aufgabe, die er zu lösen hatte, auch nur gering an Umfang ist, so gab er das, was er bot, mit künstlerischer Sicherheit und mit musikalischem Geschmack, so daß der Wunsch wohl berechtigt ist, den Sänger gelegentlich einmal in Ausführung einer größeren Partie kennen zu lernen. Das für die Aufführungen des Hennigschen Gesangvereins schon seit mehreren Jahren aus den verschiedensten instrumentalen Kräften kombinirte Orchester löste auch gestern wieder seine Aufgabe — und es war mit die bedeutendste des Abends — mit der ihm von seinem Dirigenten anerzogenen Tüchtigkeit und peinlichen Gewissenhaftigkeit. Die Zusammenwirkung von Chor und Orchester gewann gestern gegen frühere Aufführungen um so mehr an Präzision und voller Klangwirkung, als gestern zum ersten Male durch Errichtung eines für große Massen berechneten Podiums dieselbe wesentlich unterstützt und gehoben wurde. Wenn Herr Musikdirektor Hennig ohne solche wesentliche räumliche Unterstützung schon auf seine Aufführungen mit voller Befriedigung zurückblicken durfte, so darf ihm auch dies als Verdienst angerechnet werden, daß er endlich für Posen einen Orchesterraum hat herrichten lassen, wie es in andern Städten längst üblich gewesen ist, und er kann auf den Dank aller Musikfreunde rechnen, wenn er für seine kommenden Konzerte diese Einrichtung beibehält. Abgesehen von dem würdigen, imposanten Eindruck, den diese Aufstellung des Chors und des Orchesters macht, kommt noch wesentlich in Betracht der nicht genug zu schätzende Vortheil einer günstigeren, weil einheitlicheren Klangwirkung.

WB.

Vom Büchertisch.

* „Der deutsche Kaiser Friedrich" nennt sich eine Erwiderung, welche der Abgeordnete K. Schrader dem Werke Gustav Freytags „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone" folgen läßt. (Berlin, Rosenbaum u. Hart, Preis 50 Pf.) — Der Verfasser, welcher in Folge seiner Beziehungen zum heimgegangenen Kaiser ganz besonders geeignet ist, die Charaktereigenschaften des letzteren richtig zu würdigen, tritt den von Gustav Freytag nur einseitig gezeichneten Schilderungen mit Entschiedenheit entgegen und zeigt, was das deutsche Volk an dem hochseligen Kaiser Friedrich verloren hat. Die kleine Schrift wird überall bestens aufgenommen werden, und es sei daher unseren Lesern deren Lektüre warm empfohlen.

* „Erlöst" betitelt der Damenliebling Villamaria eine spannend geschriebene Novellette, die dem XVI. Jahrgang von A. Haacks Damen-Kalender für 1890 eingefügt ist. Neben der bekannten reichen Ausstattung in Goldpressung und Goldschnitt bietet dieser Kalender gleichzeitig unsern Damen die übersichtlichste Einrichtung eines Notiz- und Tagebuches. Ein schelmisches Genrebild in Lichtdruck ausgeführt, gereicht dem kleinen Almanach zur Zierde, so daß derselbe auch in diesem Jahre wiederum eine hervorragende Stellung in der Geschenkliteratur einnehmen wird.

Im gleichen Verlage erschien ein höchst praktischer Comtoir-Kalender mit Geschäftsnotizen, sowie ein in Leder mit Messingecken gebundener Portemonnaie-Kalender.

* Der Veterinär-Kalender, das beliebte, für den praktischen Thierarzt vom Prof. Müller seit 25 Jahren herausgegebene Taschenbuch (Verlag von August Hirschwald in Berlin), ist für 1890 in zwei Theilen soeben erschienen. Der erste Theil enthält, von dem Herausgeber bemerkenswerth revidirt und ergänzt, alle für die thierärztliche Praxis nothwendigen Notizen, von denen die die Arzneimittel und ihre Anwendung betreffenden Kapitel vom Dozenten Tereg für diesen Jahrgang neu umgearbeitet wurden. Der zweite Theil bringt die thierärztlichen Persona verzeichnisse des gesammten deutschen Reiches. Die Reichhaltigkeit und Zuverlässigkeit des Inhalts, sowie die gute Ausstattung, haben diesem Veterinär-Kalender eine große Verbreitung und Beliebtheit unter den deutschen Thierärzten verschafft.

* Von E. Werner, der allbekannten geschätzten Mitarbeiterin der „Gartenlaube", ist im Verlage von Ernst Keil Nachf. in Leipzig ein zweibändiger Roman „Die Alpenfee" erschienen, welcher alle Vorzüge der Wernerschen Erzählungsweise in sich vereinigt. Die Verfasserin führt uns in trefflicher Zeichnung ein Bild aus dem modernen Gründerwesen vor. Die Erbauung einer kühn angelegten Gebirgsbahn, deren wichtigster Theil, ein gewaltiger Viadukt, dem genialen Plane eines jungen Ingenieurs, der Hauptfigur der Erzählung, entstammt, bildet den Kernpunkt der Handlung. In der Figur des Präsidenten der Gründungsgesellschaft tritt uns der rücksichtslose Streber vor Augen, welcher seine ehrgeizigen Ziele unentwegt verfolgt und auch das Lebensglück seiner Tochter in den Kreis seiner Berechnungen zieht. Auch der junge Ober-Ingenieur, den der Präsident zu seinem Schwiegersohne ausersehen hat, ist von diesem Geiste des Streberthums angesteckt, doch gewinnen später idealere Anschauungen bei ihm die Oberhand. Die Schilderungen des Romans, besonders diejenige der durch Hochwasser herbeigeführten Katastrophe bei den Bahnbauten sind außerordentlich lebendig und anziehend, die handelnden Personen vortrefflich charakterisirt und das Ganze gewährt so eine spannende und unterhaltende Lektüre.

* Es liegen uns die beiden neuesten Nummern (Nr. 10 und 11) der „Zeitschrift des allgemeinen deutschen Sprachvereins" vor; sie geben wiederum Zeugniß von dem Eifer, mit dem die Ziele dieses Vereins verfolgt werden. Bekanntlich hat derselbe sich die Aufgabe gestellt, dahin zu wirken, daß die deutsche Sprache möglichst von unnöthigen fremden Bestandtheilen und sonstigen Verunstaltungen gesäubert werde, daß der wahre Geist und das echte Wesen derselben gepflegt und daß auf diesem Wege das nationale Bewußtsein im deutschen Volke gekräftigt werde. Der Inhalt der Zeitschrift ist durchweg anregend und gemeinverständlich; er belehrt und unterhält zugleich. Ein Kreis ausgezeichneter Mitarbeiter bürgt für die Tüchtigkeit des Gegebenen, wovon auch die neuesten Nummern in jedem Betrachte zeugen. Die Zeitschrift wird zwölfmal im Jahre den Vereinsmitgliedern unentgeltlich zugestellt. Man kann ohne Weiteres einem der schon bestehenden zahlreichen Zweigvereine beitreten oder sich auch als unmittelbares Mitglied des Gesammtvereins, unter Einzahlung von mindestens 3 M. an den Herrn Museumsdirektor Prof. Dr. H. Riegel in Braunschweig, einschreiben lassen.

hätte. Die Veranlassung zu dieser Mißhandlung der Taberska war auch die Veranlassung, daß beide heute angeklagt sind.

Die Taberska ist beschuldigt:

am 3. März 1889 zu Rataj in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, das Vermögen des Ziegeleibesitzers Gutsche um 10 Mark dadurch beschädigt zu haben, daß sie durch Vorspiegelung der falschen Thatsache, Ossowski sei gestorben, einen Irrthum erregte,

am 4. März 1889 zu Posen durch ein und dieselbe Handlung den Personenstand des Ossowski vorsätzlich verändert zu haben, und zwar in gewinnsüchtiger Absicht, und vorsätzlich bewirkt zu haben, daß der Tod des Ossowski, eine Thatsache, welche für Rechte und Rechtsverhältnisse von Erheblichkeit ist, in einem öffentlichen Register als geschehen beurkundet wurde, während sie nicht geschehen war, und zwar in der Absicht, sich oder dem Ossowski einen Vermögensvortheil zu verschaffen.

Johann Ossowski ist beschuldigt, der Taberska zur Begehung obiger Strafthaten durch Rath oder That wissentlich Hilfe geleistet zu haben.

Die beiden Angeklagten lebten, wie gesagt, zusammen und bewohnten mit der Arbeiterin Andrzejewska und deren Tochter Victoria eine gemeinschaftliche Stube in einem Hause auf der Judenstraße hier, Ossowski hatte bis Anfang Februar d. J. etwa ein Jahr lang in der Ziegelei des Ziegeleibesitzers Gutsche zu Rataj gearbeitet und war dann erkrankt; er bezog Krankenkassengelder. Das Verfahren bei Gewährung von Krankengeldern ist folgendes: In das Hauptbuch der Ortskrankenkasse werden die Namen sämmtlicher betheiligter Arbeiter eingetragen und über die zu unterstützenden Arbeiter wird ein Krankenbuch geführt; in dieses werden die erkrankten Arbeiter auf Grund eines vom Kassenarzte dem Kassenvorstande direkt übersandtes Attest eingetragen, das Attest wird von dem Arzte nach Untersuchung des Arbeiters, der sich durch sein Krankenkassenbuch zu legitimiren hat, ausgestellt. Der betreffende Arbeiter wird so lange als krank geführt, bis seine Genesung in einem sogenannten Schlußzettel vom Arzte bescheinigt ist.

Es hat sich nun der Gebrauch herausgebildet, daß die Arbeitgeber, welche durch den Kassenvorstand vom Beginn und von dem Aufhören der Krankheit benachrichtigt werden, dem Kranken die ihm zustehenden Krankengelder wöchentlich selbst zahlen und sich wegen dieser Auslagen mit der Kasse dann berechnen. Das Sterbegeld dagegen wird bei der Ortskrankenkasse A gezahlt.

Das Krankengeld hatte manchmal die Taberska, dann auch Ossowski von Gutsche geholt; beide kamen nun überein, sich auch in den Besitz des Sterbegeldes zu setzen. Zu diesem Zwecke begab sich die Taberska am Sonntag den 3. März d. J. zu Gutsche, erzählte, sie sei die Frau des Ossowski und theilte weinend mit, daß derselbe gestorben sei, sie bat um Zahlung des Sterbegeldes, damit sie den Sarg beschaffen könne. Der Regierungsbauführer Gutsche, ein Sohn des Arbeitgebers, verhandelte mit der Frau über den Todesfall. Die Taberska konnte irgend einen Ausweis über den Tod des Ossowski nicht vorlegen, ihm schien die Sache nicht recht geheuer, auf ihr vieles Bitten gab er ihr jedoch mit Zustimmung seines Vaters, da sie sich durch das Krankenkassenbuch legitimirt hatte, einen Vorschuß von zehn Mark. Am nächsten Tage begab sich die Taberska auf das zweite Polizeirevier, sagte, sie sei die Arbeiterin Anna Andrzejewska und machte die Anzeige, daß Johann Ossowski gestorben sei. Ihre Angaben über die persönlichen Verhältnisse der Andrzejewska stimmten mit denen in der Seelenliste und sie erhielt eine Meldungskarte und ein zweites Schriftstück zu ihrer Legitimation. Nun ging sie zum Vorsteher der Ortskrankenkasse, Distrikts-Kommissarius a. D. Suszczynski, und verlangte von dessen Tochter die Zahlung des Sterbegeldes; es wurde ihr gesagt, daß sie erst eine standesamtliche Sterbeurkunde beibringen müsse, bevor sie das Geld erhalten könne. Taberska ging zum Standesamte, legitimirte sich als Andrzejewska, zeigte an, daß Ossowski gestorben sei und auf ihre Veranlassung nahm der Stadtsekretär v. Geisler ein Protokoll mit ihr auf, Inhalts dessen Frau Anna Andrzejewska, geborene Slominska zu Posen angezeigt haben sollte, daß der Arbeiter Johann Ossowski am 2. März 1889, Abends 9 Uhr, zu Posen verstorben sei; sie theilte dem Beamten noch mit, daß Ossowski am Salzfluß gestorben sei. Das ihr vorgelesene Protokoll genehmigte sie und unterkreuzte es.

Vom Standesamte erhielt sie eine Bescheinigung über die erfolgte Todesanzeige und begab sich nun wieder zu Suszczynski, welcher ihr eine Anweisung übergab, wonach 20 Mark an die Ehefrau des verstorbenen Arbeiters Johann Ossowski aus der Ortskrankenkasse zu zahlen seien.

Vor dem Rendanten Kluge wechselte sie wieder die Rolle, sagte, daß sie Andrzejewski heiße und die Konkubine des Ossowski gewesen sei. Darauf hin lehnte Kluge die Zahlung ab. Nochmals ging sie zum Distrikts-Kommissarius Suszczynski und wußte diesen zu bestimmen, auf die Anweisung die Erklärung zu setzen, daß ihr trotz der mangelnden Berechtigung das Geld zu zahlen sei, da sie das Begräbniß besorgen wolle. Es wurden ihr nun die 20 Mark gezahlt.

In dem oben erwähnten Strafverfahren gegen Ossowski wegen Körperverletzung wurde die Taberska als Zeugin eidlich vernommen und bekundete hierbei: Ossowski habe sie beredet, zu Gutsche zu gehen und anzuzeigen, daß er gestorben sei, Ossowski selber sei bis vor das Haus mitgegangen. Von Gutsche habe sie einen Zettel erhalten und sich damit in die Kasse begeben; das dort erhaltene Geld habe sie dem Ossowski gegeben. Als dieser aber später noch mehr Geld verlangte und sie nichts mehr geben konnte, dem Ossowski auch drohte, den an Gutsche begangenen Betrug anzuzeigen, da habe sie derselbe mit dem Spaten auf den Kopf geschlagen.

Ossowski ist für seine Brutalität vom Schöffengerichte zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Die Taberska räumt die ihr zur Last gelegten Handlungen ein, sie will aber von Ossowski und ihrer Hausgenossin dazu gedrängt worden sein. Ossowski will wohl einmal mit ihr gegangen sein, den ganzen Plan habe aber nach seiner Behauptung die Taberska ausgeheckt.

Die als Zeugin vernommene Andrzejewska hat eidlich bekundet, daß sie von dem Treiben der Angeklagten keine Kenntniß gehabt habe. Daß Ossowski mit der Taberska zusammen zu Gutsche gegangen ist, erscheint zweifellos. Am 4. März d. J. hörte Gutsche nämlich, wie Arbeiter davon sprachen, daß Tags vorher Ossowski auf die Taberska vor dem Gutscheschen Hause gewartet habe. Für das bei Gutsche erschwindelte Geld hatte sich Ossowski Stiefel gekauft; als er diese eines Tages anziehen wollte, wollte es die Taberska nicht dulden; sie geriethen in Streit, in dessen Verlauf Ossowski äußerte:

„Das Geld gehört eben so gut mir, wie Dir, denn ich habe hinter dem Zaune gestanden und zugehört, wie Du dem Gutsche meinen Tod gemeldet hast."

Die Taberska wurde aller ihr zur Last gelegten Strafthaten für schuldig befunden; Ossowski war nachträglich beschuldigt, die Taberska zu den von ihr begangenen Thaten vorsätzlich bestimmt zu haben, von diesem Vorwurfe wurde er freigesprochen, dagegen wurde er schuldig erklärt, derselben bei Begehung dieser Vergehen und Verbrechen durch Rath und That wissentlich Hilfe geleistet zu haben. Die Frage nach dem Vorhandensein mildernder Umstände wurde verneint und es wurde:

Catharina Taberska wegen Betruges und wegen Urkundenfälschung in Verbindung mit einem Verbrechen gegen den Personenstand zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus, wovon zwei Monate auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wurden, sowie zu zwei Jahren Ehrverlust,

Johann Ossowski wegen Theilnahme an diesen Strafthaten zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust

verurtheilt. In die Strafe des Ossowski sind aber zwei früher gegen ihn verhängte Strafen von zusammen zehn Monaten Gefängniß eingerechnet, so daß ihm die davon verbüßte Zeit nach Umwandlung in Zuchthausstrafe auf die jetzt erkannte Strafe angerechnet wird.

Für das Strafmaß waren die vielen Vorstrafen und die große sittliche Verkommenheit der Angeklagten bestimmend.

Aus der Provinz Posen
und den Nachbarprovinzen.

A. Aus dem Kreise Koschmin, 18. November. [Stiftungsfest. Konferenz. Weihnachtsbescheerung.] Der Lehrer- und Pestalozziverein Kobylin feierte am vergangenen Dienstag sein Stiftungsfest, welches von den Mitgliedern mit ihren Familien recht zahlreich besucht war. Durch humoristische, sowie Gesangs- und musikalische Vorträge wurde den Theilnehmern ein heiterer und genußreicher Abend bereitet. — Für die Lehrer des Konferenzbezirkes Kobylin-Pogorzela fand die diesjährige letzte Lokal-Konferenz am Montag den 18. in der evangelischen Schule zu Kobylin unter Leitung des Königlichen Kreisschulinspektors Pastor Baumgart statt. An derselben nahmen auch der Pastor und Lokalschulinspektor Bernstein aus Pogorzela theil. Nach Gesang und Gebet hielt Kantor Sopart-Kobylin mit den Kindern der ersten Klasse eine Lehrprobe über den Druck der Luft, im Besonderen über die darauf sich gründenden Erfindungen. Nach Beendigung der Lehrprobe verlas Lehrer Schmidt-Rojewo seine schriftliche Arbeit über das Thema: Luthers Einfluß auf die evangelische Volksschule. — Der Vorstand des Landwehrvereins zu Kobylin beschloß in seiner letzten Vorstandssitzung, das Stiftungsfest am 14. Dezember festlich zu begehen und zu Weihnachten für die Kinder armer Kameraden eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Die nothwendigen Kosten zu dieser Bescheerung trägt die Vereinskasse.

K. Neustadt b. Pinne, 19. November. [Unglücksfall. Markt.] Gestern ging der erst vom Militärdienst zurückgekehrte Sohn des Gastwirths H. aus Neufeld auf die Jagd und hatte das geladene Gewehr über die Schulter gehängt, jedoch mit dem Lauf nach unten. Unterwegs stolperte er, das Gewehr entlud sich und der ganze Schuß drang ihm ins Bein. Der Verunglückte liegt gefährlich verwundet darnieder, es soll jedoch bereits gelungen sein, einige Schrotkörner aus der Wunde zu entfernen. — Auf dem heute hier stattgehabten Vieh- und Pferdemarkte war Hornvieh garnicht aufgetrieben, dagegen der Markt zahlreich mit Pferden beschickt, unter denen gute Ackerpferde wenig vorhanden waren und Luxuspferde gänzlich fehlten. Gute Pferde wurden bis 300 Mk., und in einzelnen Fällen auch darüber per Stück bezahlt. — Auf dem Krammarkt herrschte reges Leben, es waren viele Käufer anwesend, und die Verkäufer machten fast durchweg gute Geschäfte.

Lokales.

Posen, 21. November.

—u. Geburtstag der Kaiserin Friedrich. Aus Anlaß des Geburtstages der Kaiserin Friedrich haben heute die öffentlichen Gebäude unserer Stadt Flaggenschmuck angelegt. Die zu den Wachen kommandirten Soldaten stehen heute im Parade-Anzuge auf Posten. Ganz besonders wird der Geburtstag der Gemahlin Kaiser Friedrichs von dem hier in Garnison stehenden Leib-Husaren-Regiment Nr. 2, dessen Chef die hohe Frau ist, gefeiert. Das Offizierkorps veranstaltet ein Festessen, und die einzelnen Schwadronen begehen den festlichen Tag in verschiedenen Vergnügungs-Lokalen.

—u. Ein bedeutender Diebstahl ist gestern Nachmittag in einer Wohnung des Hauses Friedrichsstraße Nr. 27 verübt worden. Der Dieb hatte aus einem Zimmer, welches für eine ganz kurze Zeit unbewacht geblieben war, ein Portemonnaie mit 4 M. Inhalt, einen Brillantring im Werthe von 300 M., einen Trauring im Werthe von 30 M. und einen Granatbrosch nebst Ohrringen im Werthe von 60 M. gestohlen. Den energischen Bemühungen unserer Kriminalpolizei, welcher dieser Diebstahl sofort angezeigt worden war, gelang es glücklicher Weise nach kurzer Zeit, den Dieb aufzufinden und ihm auch alle gestohlenen Sachen abzunehmen, so daß die Bestohlenen keinen Schaden erleiden.

*** Aus dem Polizeiberichte.** Verhaftet: 4 Bettler, ein auswärtiger Arbeiter wegen Diebstahls, ein Arbeiter, welcher auf der Wallischei einen Fleischer mit einem Messer in den Arm gestochen hatte und ein Arbeiter, welcher am Berliner Thore wiederholt die Passage versperrt hatte. — Sistirt wurde eine Frau, welche kein Unterkommen hatte. — Verloren: eine Zigarrentasche mit einer Photographie und Urlaubskarte auf dem Wege von dem Zoologischen Garten nach dem Königsthor und ein Portemonnaie mit Inhalt vom Alten Markt nach der Bäckerstraße.

Handel und Verkehr.

Marktpreise zu **Breslau** am 20. November.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M.Pf.	gute Niedrigst. M.Pf.	mittlere Höchster M.Pf.	mittlere Niedrigst. M.Pf.	geringe Waare Höchster M.Pf.	geringe Waare Niedrigst. M.Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	18 80	18 60	18 20	17 80	17 20	16 70
Weizen, gelber alter		18 70	18 40	18 10	17 70	17 10	16 60
Roggen		18 —	17 80	17 60	17 30	17 10	16 90
Gerste		18 —	17 50	16 —	15 50	14 50	13 —
Hafer		16 20	16 —	15 80	15 60	15 40	15 —
Erbsen		17 —	16 50	16 —	15 50	14 50	14 —

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 21. November. Offiziell publizirt wird das Verbot der Einfuhr in Frankreich, sowie der Durchfuhr von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Petersburg, 21. November. Bei der gestrigen Artillerie-Jubelfeier hielt der Kaiser eine Ansprache an die Artillerie-Offiziere, worin er für den tapferen Waffendienst dankte und die Ueberzeugung aussprach, daß sich die Artillerie, wie die gesammte Armee auf den Schlachtfeldern ebenso wie früher auszeichnen werde. „Gott gebe nicht, daß bald geschehe; bewahre uns der Herr vor dieser schweren Prüfung. Wenn es aber geschieht, bin überzeugt, daß unsere tapfere Artillerie wie die anderen Waffengattungen für die Ehre und den Ruhm des theuren Vaterlandes einstehen werden. Zu Ehrenmitgliedern der Artillerie-Akademie wurden ernannt: Der Großfürst Thronfolger, Großfürst Wladimir, der Kriegsminister, der General Sofiano und der Finanzminister.

Washington, 21. November. Die Kriegsschiffe „Talapoosa" und „Richmond" unter dem Kommando des Admirals Gillis, haben Befehl erhalten nach Brasilien abzugehen.

Börse zu Posen.

Posen, 21. November. [Amtlicher Börsenbericht.]
Spiritus. Gekündigt —.— L. Kündigungspreis (50er) 50,00, (70er) 30,40. (Loko ohne Faß) (50er) 50,00 (70er) 30,40.
Posen, 21. November. [Börsenbericht.]
Spiritus still. Loko ohne Faß, (50er) 50,00 (70er) 30,40.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 21. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 20.			Not. v. 20.
Weizen schwach			**Spiritus** fest		
pr. Novbr.-Dezbr.	185 25	185 50	**unverst.** mit Abgabe		
„ April-Mai 1890	193 25	194 —	v. **50 M.** loco o. F.	51 50	51 60
Roggen ruhig			„ Novbr.-Dezbr.	51 —	50 70
„ Novbr.-Dezbr.	169 50	169 75	**unverst.** mit Abgabe		
„ April-Mai 1890	170 —	170 25	v. **70 M.** loco o. F.	32 10	32 10
Rüböl matter			„ Novbr.-Dezbr.	31 50	31 40
pr. April-Mai	65 —	66 —	„ April-Mai 1890	32 50	32 50
Hafer matt			„ November	32 —	31 70
pr. April-Mai 1890	158 50	159 —			

Kündig. in **Roggen** 300 Wspl. — Kündig. in **Spiritus** 140,000 Ltr.

		Not. v. 20.			Not. v. 20.
Deutsche 3½% Reichsa.	102 30	102 —	Russ. 4½% Bdkr.-Pfdbr.	97 70	97 80
Konsolidirte 4% Anl.	105 70	105 90	Poln. 5% Pfandbr.	62 90	62 90
Pos. 4% Pfandbriefe	101 40	101 25	Poln. Liquid.-Pfdbr.	57 70	57 90
Pos. 3½% Pfandbr.	99 90	99 80	Ungar. 4% Goldrente	86 25	86 40
Pos. Rentenbriefe	103 70	103 90	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	167 10	166 70
Oestr. Banknoten	171 40	171 50	Oestr.-Fr. Staatsb. ultimo	102 80	102 70
Oestr. Silberrente	73 20	73 25	Lombarden ultimo	55 50	56 10
Russ. Banknoten	214 95	215 30	**Fondsstimmung** fest		
Russ. kons. Anl. 1871	— —	— —			

		Not. v. 20.			Not. v. 20.
Ostpr. Südb. E. S. A.	93 90	93 90	Pos. Provinz. B. A.	107 50	117 60
Mainz Ludwigsh. dto.	124 60	124 90	Landwirthschft. B. A.	— —	— —
Marienb. Mlawka dto	64 30	64 80	Pos. Spritfabr. B. A.	— —	— —
Mekl. Franzb. Friedr.	162 40	162 25	Berl. Handelsgesellsch	197 25	197 50
Warsch.-Wien. E. S. A	196 25	200 —	Deutsche B. Akt.	173 —	170 50
Galizier E. St. Akt.	80 30	— —	Diskonto Kommandit	237 20	237 80
Russ 4% kons. Anl. 1880	92 50	92 40	Königs- u. Laurahütte	171 50	170 60
dto. 6% Goldrente	113 90	113 80	Dortm. St. Pr. La. A.	136 80	133 75
dto. zw. Orient. Anl.	65 35	65 40	Inowrazl. Steinsalz	49 60	48 30
dto. Präm.-Anl. 1866	— —	150 80	Schwarzkopf	273 —	275 50
Italienische Rente	93 20	93 35	Bochumer	235 50	235 40
Rum. 6% Anl. 1880	105 90	105 70	Gruson	191 —	190 —

Nachbörse: Staatsbahn 102 70 Kredit 167 50 Diskonto-Kom. 237 80
Russische Noten 214 70 (ultimo)

Stettin, den 21. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 20.			Not. v. 20.
Weizen ruhig			**Spiritus** ermattend		
Nov.-Dez. a. Usan.	182 50	183 —	**unverst.** mit Abgabe		
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	v. **50 M.** loco o. F.	50 80	50 60
April-Mai a. Usance	189 —	189 —	**unverst.** mit Abgabe		
April-Mai neue „	— —	— —	v **70 M.** loco o. F.	31 50	31 30
Roggen ruhig			pr. Novbr.-Dezbr.	30 70	30 80
Nov.-Dez. a. Usan.	164 —	164 —	pr. April-Mai	31 90	32 —
Nov.-Dez. neue „	— —	— —	**Rüböl** matter		
April-Mai a. Usance	167 —	167 —	pr. Novbr.-Dezbr.	72 —	73 50
April-Mai neue „	— —	— —	pr. April-Mai	65 —	66 —
			Petroleum ruhig	12 35	12 35

Petroleum loco versteuert Usance 1¼ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 20. November, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	774	S	2	halb bedeckt	9
Aberdeen	775	SW	1	heiter	5
Christiansund	768	WSW	8	bedeckt	11
Kopenhagen	777	WNW	2	Dunst	8
Stockholm	772	WSW	2	heiter	2
Haparanda	758	still		heiter	2
Petersburg	—				
Moskau	768	OSO	1	bedeckt	—13
Cork, Queenst.	775	SSO	3	bedeckt	10
Cherbourg	777	OSO	2	wolkig	7
Helder	780	S	1	Nebel	0
Sylt	779	still		Dunst	8
Hamburg	781	WSW	1	bedeckt	3
Swinemünde	778	WSW	3	Dunst	8
Neufahrwasser	774	WNW	2	bedeckt	8
Memel	772	NNW	2	bedeckt	8
Paris	779	O	2	bedeckt	2
Münster	780	still		Nebel	— 2
Karlsruhe	781	NO	2	bedeckt	1
Wiesbaden	781	O	1	bedeckt	0
München	781	SW	3	Nebel	— 2
Chemnitz	782	still		Nebel	0
Berlin	770	WNW	2	bedeckt	4
Wien	781	W	1	bedeckt	1
Breslau	779	WNW	3	Regen	4
Ile d'Aix	777	O	4	wolkenlos	4
Nizza	777	O	2	wolkenlos	10
Triest	777	ONO	1	wolkenlos	6

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Auch heute zeigt die Wetterlage wenig Aenderung, das westliche Mittel- und Südeuropa steht unter dem Einflusse eines barometrischen Maximums, dessen Kern mit 782 mm über Süddeutschland liegt. Ueber Central-Europa dauert das ruhige vielfach nebelige Wetter ohne meßbare Niederschläge fort. In Deutschland liegt die Temperatur im Westen unter, im Osten über der normalen, im westdeutschen Binnenlande fanden Nachtfröste statt. Moskau meldet minus 12¼ Grad.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 20. November Mittags 2,54 Meter.
„ „ 21. „ Morgens 2,52 „
„ „ 21. „ Mittags 2,52 „

*** Wasserstand der Warthe.** Telegramm aus Pogorzelice vom 20. November cr.: 1,85 Meter, am 21. November cr. 1,74 Meter.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.